



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/72 - 26. März 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 880

Zur Tagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland	S. 1
Russische Besuche in London	S. 3
Blanke Weg zur Studentenförderung	S. 5
Mit Blick auf Würzburg	S. 6

Die Wiedervereinigung kommt nicht von selbst

KJ. Am Wochenende traf sich in Bonn das Kuratorium "Unteilbares Deutschland" zu seiner 6. Arbeitstagung. Um es vorwegzunehmen: ein Rezept für die deutsche Wiedervereinigung wurde nicht gefunden. Aber wer will das den Mitgliedern des Kuratoriums verübeln? Es gibt keine Patentlösung - es gibt nur ein fortwährendes zähes Bemühen, den Status quo in Deutschland nicht festfrieren zu lassen, die Weltöffentlichkeit und vor allem das deutsche Volk selbst für eine gesunde Lösung des Problems zu mobilisieren.

Aber auch das ist leichter gesagt als getan. Solange das Herz der Bundesbürger mehr für den neuen Kühlschrank, für Fernsehapparat und Motorroller schlägt als für die Brüder und Schwestern in der Sowjetzone, solange wird es keine "Volksbewegung" für die Wiedervereinigung geben. Unter der westdeutschen Bevölkerung hat sich die Resignation breitgemacht: "Was können wir schliesslich schon tun, wenn die Grossmächte nicht wollen?"

Auch das Kuratorium verspricht sich von einem Appell an die Weltöffentlichkeit ebensoviel wie von einer Initiative der Deutschen selbst. Darum wandte es sich in einer Entschliessung an die Vereinten Nationen, diese möchten "ihr Gewicht für die Wiedervereinigung einsetzen." Es

wird auf den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Deutschland-Frage verwiesen, aber auch Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung werden aufgefordert, "praktische Massnahmen in dieser Richtung" zu ergreifen,

Aber was nützen letzten Endes alle Deklamationen, wenn nicht die Deutschen selber etwas für die Wiedervereinigung tun? Freilich: Regierung und Parlament sind aufgefordert, aktiver zu werden. Bis jetzt aber ist das Wort vom "unteilbaren Deutschland" nur Mahnung, Forderung, Gewissen - wie sehr Deutschland dagegen faktisch längst geteilt ist, wissen wir alle. Den Rest besorgt die Inaktivität der Bundesregierung.

Herr Bundesminister von Merkatz demonstrierte das gefährliche Schiefliiegen des Weissen Hauses von Bonn recht deutlich, als er vor dem Kuratorium behauptete, dass die internationale Situation jetzt noch gespannter sei als während des Korea-Krieges, dass Deutschland-Pläne jetzt völlig undiskutabel wären, dass man auf Zugeständnisse der Sowjets warten müsse.

Zum Glück ist die Mehrheit des Kuratoriums von dieser These offenbar nicht überzeugt. Wäre sie es, dann täte man besser daran, nach Hause zu gehen. Dagegen wurde in den Arbeitsgruppen des Kuratoriums viel nützliche Arbeit geleistet. Neben der sachlichen Erörterung wirtschaftlicher und sozialer Probleme in geteilter Deutschland standen praktische Vorschläge zu einer besseren Flüchtlingsbetreuung und Empfehlungen, wie innerdeutsche Kontakte weiter ausgebaut werden können.

Viele Mitglieder des Kuratoriums mag die Rede des Vorsitzenden des Gesamtdeutschen Ausschusses, Hercert Wehner, nachdenklich gestimmt haben. Hier wurde noch einmal mit Ernst und Nachdruck die Vogel-Strauss-Politik der Bundesregierung verurteilt, ihre Selbsttäuschung und Selbstüberschätzung. Wehner rief dringend, die neue Entwicklung des Kommunismus nach Stalins Tod zu studieren und endlich dem Umstand Rechnung zu tragen, dass der Pankower Staat eine Realität darstellt. Eine Anerkennung der Zonenregierung? Nein, die gibt es nicht und die wird es auch nicht geben. "Wir müssen über die Figuren hinweg zu einem Gespräch mit den Menschen kommen", sagte Wehner.

Die Wiedervereinigung Deutschlands kommt nicht von selbst. Es genügt nicht, nur davon zu reden, dass die "Brüder und Schwestern in der Zone nicht vergessen sind" - man muss auch etwas tun, um das Zusammenleben der Deutschen hüten und drüben zu fördern. Wenn es auch keine Anerkennung der illegitimen Pankower Regierung geben kann, so gibt es doch mannigfaltige Gelegenheiten, Unzuträglichkeiten der innerdeutschen Situation durch technische Kontakte abzubauen. Die nüchterne Einschätzung der Realitäten - das bewies die Arbeitstagung des Kuratoriums - wird schliesslich doch dazu führen, dass die deutsche Wiedervereinigung aus dem Elfenbeinturm akademischer Diskussionen herauskommt.

In Erwartung der Herren K. und B.

F.S. London

Ein grosses Ereignis wirft nicht nur seine Schatten voraus, es trennt und verwirrt diesmal auch die Geister. In wenigen Wochen erwartet Grossbritannien den Staatsbesuch der Herren K. und B., wie die Namen der beiden russischen Staatsführer Chruschtschow, (der in Englischen mit einem K. geschrieben wird) und Bulganin schon sehr freundschaftlich in den Überschriften der Presse abgekürzt werden. Ihr Schatten sind Malenkow, der hier offiziell Elektrizitätswerke besucht, der Chef der Geheimpolizei, Generaloberst Iwan Serow, damit beschäftigt, in London Sicherheitsmassnahmen von einem noch nicht erlebten Ausmass zu organisieren, und ein stellvertretender Ministerpräsident, Jakob Malik, der an der geheimen Abrüstungskonferenz teilnimmt,

Und welche Verwirrung ist ausgebrochen! Als Malenkow eintraf, fuhr ihm ein Auto hinterher, das durch Lautsprecher bekannt gab: "Wir wollen keine roten Mörder in diesem Lande". Der Chefredakteur des bekanntesten englischen Witzblattes "Punch" veranstaltet in Manchester eine grosse Protestversammlung, die in London nicht stattfinden konnte, weil für sie keine Säle zur Verfügung standen. Der höchste katholische Geistliche Kardinal Griffin, erlässt einen Hirtenbrief, in dem alle Katholiken aufgefordert werden "mit Zurückhaltung und Würde zu handeln". Der Verein der Auswärtigen Presse ladet K. und B. zum Dinner ein, erhält auch aus Moskau eine Zusage, die jedoch vom Foreign Office bisher unberücksichtigt blieb. Dagegen speiste der Vorstand der Labour Party mit Herrn Malenkow und darf auch die Herren K. und B. zum Essen auffordern. Fünf katholische Stadträte werden aus der Labour Party in Motherwell ausgeschlossen, nachdem sie einen Antrag, der einen Empfang der russischen Gäste vorsieht, ablehnten. Sir Anthony Eden antwortet einem Fraktionskollegen, der sich nach den Kosten des Besuches erkundigen wollte: "Der Bruchteil einer Atombombe." Inzwischen sorgt Malenkow für gut Wetter und lächelt sich durch alle Betriebe, die ihm gezeigt werden.

Einer, den die Sensationen scheinbar unberührt lassen, ist Harry Pollitt, Generalsekretär der kommunistischen Partei. Harry hat - 4 -

Pech. Er nahm am Parteikongress in Moskau teil und hörte wohl auch manches, aber nicht alles, was sein Kollege Chruschtschow in der Geheimsitzung ausplauderte. Und während er nach seiner Rückkehr in Versammlungen noch davon sprach, dass Stalins "Beiträge zur Entwicklung der Industrie, zum Aufbau des Sozialismus und zur Niederlage Hitlers immer in Erinnerung bleiben werden", musste er es erleben, dass das Parteiorgan "Daily Worker" ganze Teile seiner Rede unterschlug.

Pollitt muss in wenigen Tagen umlernen. Vom 30. März bis zum 2. April findet in London der 24. Parteitag der Kommunisten statt. Bei den letzten Unterhauswahlen entfiel auf die Kommunisten nur 33.244 Stimmen, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass sie nur in 17 Wahlkreisen Kandidaten aufstellte. Schon längst hätten die Kommunisten alle Bedeutung verloren, wenn sie nicht die Infiltration benutzt hätten, die ihnen zu einer gewissen Machtposition verhilft. Es gibt in Grossbritannien etwa 20 Zeitschriften und rund 35 Organisationen, die als unpolitisch getarnt sind, in Wirklichkeit aber unter kommunistischer Leitung stehen. Es gibt die einflussreichen Betriebsorganisationen und die geheimen Betriebszellen.

Die unübersichtliche wirtschaftliche Situation, gekennzeichnet durch immer fühlbarer werdende inflatorische Tendenzen und einseitige Massnahmen der Regierung, eröffnet den Kommunisten ein weites Spielfeld. Wohl haben im vergangenen Jahre rund 12 Millionen Arbeitnehmer, die Hälfte der im Arbeitsprozess stehenden Bevölkerung, Lohnerhöhungen durch direkte Verhandlungen der Gewerkschaften oder auf Vorschlag der staatlichen Schlichtungsstellen erhalten. Während der letzten Wochen erhöhte sich jedoch die Zahl der Kurzarbeiter auf 80 000 und die Zahl der Arbeitslosen auf rund 300.000.

Das Arbeitsministerium stellte kürzlich fest, dass die britische Wirtschaft im vergangenen Jahre allein durch Streiks 3.8 Millionen Arbeitstage verlor. Wenn man bedenkt, dass es sich bei der Mehrzahl dieser Arbeitseinstellungen um wilde Aktionen handelte, ergibt sich ein Bild von dem Einfluss, den die Kommunisten im britischen Wirtschaftsleben spielen. Die Flucht der beiden leitenden Beamten im Foreign Office, Burgess und Maclean, nach Moskau und das in Zusammenhang mit diesem Fall von einer Regierungskommission veröffentlichte Weissbuch, das verschärfte Vorsichtsmassregeln gegen die kommunistische Infiltration vorsieht, zeigt nur, wie tief sich ihre Auswirkungen auch in den Schichten des Mittelstandes bemerkbar machen.

Der Trick mit den Offiziersstudenten

I.R. Wer sich einmal die Mühe macht, die Studienförderung an den Hochschulen der Bundesrepublik einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen, wird sich einem Dschungel von Unzulänglichkeiten und Ungerechtigkeiten gegenübersehen.

Dass es den Studenten nicht so ganz blendend geht, steht hin und wieder in der Zeitung. Dass etwa 80 % der Studierenden nicht das für Gebühren und Unterhalt errechnete Existenzminimum von 180.-- DM zur Verfügung haben, oder etwa 50 % von eigener Erwerbstätigkeit und Renten leben, ist schon weniger bekannt. Dass einsichtige und kompetente Leute aber seit zehn Jahren ohne nennenswerten Erfolg versuchen, Bund und Länder zu einer Verbesserung der Studienförderung zu bewegen, wird man kaum für möglich halten. Dabei müsste eigentlich die Tatsache, dass in der Bundesrepublik nur 20 % der Studierenden ganz oder teilweise von Stipendien leben, während es in Frankreich 54 % und in England 71 % sind - ganz zu schweigen von den rund 95 % in der DDR - die verantwortlichen Stellen stark beunruhigen. Mitnichten! Man sieht bei uns ruhig zu, wie ganze Generationen des akademischen Nachwuchses ihre Kräfte sehr zum Nachteil ihrer Ausbildung verschleissen.

Die Studenten wollen keine Mitleidspropaganda, aber sie wollen mit Recht wenigstens eine geringe Hoffnung auf Besserung. Wenn aber die Äusserung der CDU-Abgeordneten Frau Dr. Brökelschek in der Bundestagsdebatte um die Lage der Flüchtlingsstudenten "Ich bin sogar der Meinung, dass es gut ist, wenn den Studenten nicht alles in den Schoss fällt" in dieser Situation der Weisheit letzter Schluss aus dem Lager der Regierungskoalition ist, dann freilich sollte man ihnen empfehlen, ihre Hoffnungen zu begraben.

Das heisst, wenn nicht der Trick funktioniert, der Herrn Blank jetzt eingefallen ist. Alle Welt weiss, dass seine Freiwilligenmaschinerie überall klemmt und er beunruhigt nach Wehrwilligen ausspähen muss. Bei dieser Arbeit nun ist ihm auch die Kottlage der Studierenden in der Bundesrepublik bekannt geworden und damit war das Problem schon halb gelöst. Er lässt nämlich den Abiturienten erzählen, dass sich heute niemand mehr um die Finanzierung seines Studiums sorgen müsse, wenn er nur bereit sei, vorübergehend zu den Fahnen zu eilen. Wer vier Jahre bei seiner Truppe dient und es bis zum Leutnant bringt, der bekommt

zum Abschied runde 6.000.-- DM bar auf die Hand. Wer länger dient, bekommt noch mehr, man kann es auf diese Weise bis zu 20.000.-- DM bringen. Mit diesem Geld, so lässt er die Abiturienten wissen, kann man sich ohne Bedenken unter die akademischen Bürger mischen und ohne Hast, ohne Werkarbeit, ohne Fleissprüfungen, ohne Eintopfsuppe in der Mensa, kurz ohne all das Zeug, das einem ärmeren Studenten seine Universitätsjahre so sauer macht, sein Studium ^{zu} absolvieren.

Das Bemerkenswerte daran aber ist, dass HerrBlank offenbar genügend Geld zur Verfügung steht, während für die direkte Studienförderung in den dafür angemessenen jungen Jahren nichts aufzutreiben ist. Blank hat jedenfalls keine Hemmungen, eine Notlage junger Menschen mit Hilfe dieser Abfindungen auszunutzen.

Da es zu den schlechten Gewohnheiten unserer Regierung gehört, den Druck mit dem Mamon unnachsichtig auszuüben - der Sozialistische Studentenbund kann ein Lied davon singen -, werden wir also in Zukunft vielen als Offiziere verkleideten "gekauften" Abiturienten begegnen. Ob das der geeignete Weg ist, studentischen Nachwuchs zu fördern - im "Kalten Krieg der Hörsäle" eine unerlässliche Notwendigkeit - ist höchst unwahrscheinlich. Hier würde auch das Mittel der direkten und rechtzeitigen Unterstützung, wie sie anderen Ländern gewährt wird, helfen. Der Umweg über die Uniform, so nahe es Herrn Blank liegen mag, ist für das Studium und die Studierenden keine gute Sache.

* * *

Stationen eines Klärungsprozesses

ler. Von allen drei Parteitagen der FDP, die am vergangenen Wochenende in Düsseldorf, Berlin und Frankfurt tagten, hat jener von Nordrhein-Westfalen wohl das Bild grösster innerer Entschlossenheit geboten. Dies ist kein Zufall. Von Düsseldorf aus erfolgte jener kräftige politische Anstoss, der die Innenpolitik in Bewegung brachte, die CDU/CSU recht deutlich die Grenzen ihrer Macht spüren liess und der gesamten FDP nach jahrelangem Satellitendasein die Entscheidungsfreiheit zurückgab. Kann dieser nun eingeleitete Prozess der Selbstbesinnung und einer politischen Neuorientierung aufgehalten oder gar rückgängig gemacht werden? Nur mit Schrecken denkt die CDU-Führung an den Wahlkampf 1957, den sie, zum ersten Male seit 1949, allein zu führen gezwungen sein

wird; so fehlt es denn nicht an Bemühungen, der FDP über goldene Brücken die Rückkehr in den Schoß der Koalition zu erleichtern.

In dem Ringen um die künftige Gesamthaltung der Freien Demokraten sitzt die hinter Dr. Dehler stehende Mehrheit eindeutig am längeren Hebelarm. Sie kann auf dem Bundesparteitag in Würzburg mit der Unterstützung der Mehrzahl der Delegierten rechnen. Das ist das beherrschende Kennzeichen aller drei FDP-Tagungen, das auch nicht dadurch beeinträchtigt wird, dass die Kritik an Dehler sich mitunter recht heftig vernehmbar machte. Dies bezog sich aber weniger auf die Grundzüge seiner Politik als vielmehr auf die nicht immer überlegte Art, in der der FDP-Vorsitzende Parteien und Zustände anspricht. Er ist eben kein leicht zu nehmender, den Dingen ausweichender Parteiführer und er verärgert oft seine besten Freunde. Diese Eigenschaften haben jedoch den eigenwilligsten Landesverband der FDP, den Verband des Herrn Schwennicke, Berlin, nicht daran gehindert, vom seinerzeit angenommenen Misstrauensantrag gegen Dehler wieder abzurücken, wie auch der nordhessische Verband keine Neigung spürt, einer Wiederwahl Dehlers sich zu widersetzen. Selbst die schärfsten Widersacher Dehlers innerhalb seiner eigenen Partei ahnen, dass sie sich in die politische Wüste begeben, wenn sie versuchen wollten, den Verlockungen durch die CDU nachzugeben. Der Blick auf die Zukunft bestimmt ihre Taktik.

So waren, entgegen mehrerer Befürchtungen und offen ausgesprochenen Erwartungen, die drei Landesparteitage der FDP weitere Stationen in einem Klärungsprozess, der mit Würzburg zu einem gewissen Abschluss kommen dürfte. Den Spaltem der FDP winkten keine Lorbeeren, das Schwergewicht aller, oft mit grosser Leidenschaft geführten Diskussionen lag in der Betonung der oppositionellen Grundeinstellung zum Kurs Adenauer. Die Bewegung, die mit dem Bruch der Bonner Koalition in der westdeutschen Innenpolitik ausgelöst wurde, setzt sich verstärkt fort und sie zieht alle jene in ihren Bann, die ihr politisches Schicksal nicht mit dem sich abzeichnenden Ende der Ära Adenauer verknüpfen wollen.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau